

„Armut gefährdet die Demokratie“

Fachtagung der Landesarmutskonferenz

Die Landesarmutskonferenz Mecklenburg-Vorpommern mit ihren landesweit tätigen Vereinen, Verbänden, Initiativen und engagierten Personen lädt ein zu ihrer Fachtagung unter dem Thema „Armut und ihre Folgen für die Demokratie“ am 28. Mai von 10.30 bis 16 Uhr in das Kulturforum, An der Kürassierkaserne 9, nach Pasewalk, teilt die Sprecherin der Landesarmutskonferenz, Irina Rimkus, mit.

„Es gibt einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Armut und Demokratieverlust, den wir zunehmend zu verzeichnen haben“, betont Irina Rimkus. Nach Ansicht der Landesarmutskonferenz gefährdet Armut ernsthaft die Demokratie. Je weniger Möglichkeit die von Armut bedrohten und betroffenen Menschen haben, an der Gesellschaft teilzuhaben und mitzuwirken, desto mehr empfinden sie Defizite des Parlamentarismus. Daraus, so die Landesarmutskonferenz, kann eine Legitimationskrise der Demokratie erwachsen.

„Rückläufige Wahlbeteiligungen besonders bei Kommunalwahlen würden verdeutlichen, dass die Wählerinnen und Wähler ihrer Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse nur wenig Bedeutung beimessen“, sagt Irina Rimkus.

„So sei auch die Landtagswahl in diesem Jahr in Mecklenburg-Vorpommern ein Anlass für die Landesarmutskonferenz, ihre Fachtagung durchzuführen. Doch es gehe nicht nur um die Wahlbeteiligung, so die Sprecherin, sondern darum, nach Mitbestimmungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger auf jeder politischen Ebene zu ringen.“ Die Erfahrung zeigt aber auch, dass die von Armut betroffenen Menschen trotz Vorhaltens verschiedener Angebote immer weniger erreicht werden. Dies ist ein Zustand, dem sich aus Sicht der Landesarmutskonferenz bewusst zugewendet werden muss.

In ihrer Erklärung zur Fachtagung verweist die Landesarmutskonferenz auf die seit Jahren sinkenden Realeinkommen und die sich verfestigende Armut als Ursache dafür, dass die Demokratie an Zustimmung verloren hat.

„Wir brauchen eine konsequente Armutsbekämpfung, die von Bund und Land nicht vorgenommen wird“, so Irina Rimkus. Bestandteil der Erklärung sind daher Maßnahmen für Bund, Land und Kommune, die nach Meinung der Landesarmutskonferenz Armut verhindern und Teilhabe ermöglichen würden.

Die Veranstaltung will auf die gesellschaftlichen Fehlentwicklungen der zurückliegenden Jahre und zugleich auf die Ursachen von Armut aufmerksam machen, aber auch mögliche Entwicklungstendenzen in Mecklenburg-Vorpommern aufzeigen. Dazu sind Referenten der Universität Greifswald und der Hochschule Neubrandenburg eingeladen. Unter dem Titel „Armut hat ein Gesicht“ schildern Betroffene ihre Situation. „Für die Diskussion werden anschließend thematisch ausgewählte Arbeitskreise angeboten: Ehrenamtliches Engagement, Rechtsextremismus in ländlichen Räumen, Rolle der sozialen Bewegungen, berufliche und soziale Integration sozial benachteiligter Jugendlicher, Teilhabe im Alter und Integration aus Sicht der Kommunen“, informiert Irina Rimkus abschließend.

Anmeldungen sind noch möglich unter Fax 039771/22726 oder irina.rimkus@freenet.de.